

Nein zu Kürzungen

Piraten zum Kuqua

Göttingen. Für die Göttinger Piratenpartei gehören Städtisches Museum und Stadtarchiv zu den „integralen Aufgaben jeder städtischen Gemeinschaft“. Daher unterstützt sie die vom Geschichtsverein für Göttingen und Umgebung verabschiedete Resolution an die Göttinger Verwaltungsspitze und Ratsmitglieder.

Darin hatte der Verein durch die geplanten finanziellen Kürzungen in Höhe von 180 000 Euro bei Museum, Stadtarchiv und den Kunstausstellungen im Alten Rathaus „verheerende Auswirkungen“ für die betroffenen Einrichtungen befürchtet. Mit dem Geld will die Stadtverwaltung die Hälfte der Betriebskosten für das geplante Kunstquartier (Kuqua) übernehmen. Diese Kürzungen würden die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Bildungseinrichtungen Museum und Stadtarchiv „aufs Schwerste beeinträchtigen, wenn nicht zerstören“. Der Geschichtsverein hat Politik und Verwaltung aufgefordert, „die Realisierung des Kunstquartiers nicht auf Kosten der bestehenden, ohnehin seit langem unterfinanzierten Bildungseinrichtungen Städtisches Museum und Stadtarchiv umzusetzen“.

Idee „nicht vermittelbar“

Die Idee, die Beträge für Museum und Archiv zu kürzen und zu glauben, „dass für die geleistete Arbeit urplötzlich weniger Geld benötigt wird, ist nicht vermittelbar“, argumentieren die Piraten in einer Stellungnahme. Schon in der Vergangenheit waren sowohl im Museum als auch im Stadtarchiv die Haushaltsmittel knapp bemessen. Die Verwaltung und der Verleger Gerhard Steidl sollten nun Wege suchen, das Kunstquartier ohne Kürzungen beim Stadtarchiv und beim Museum zu realisieren. Es verwundere, dass das Kuqua nicht realisiert werden könne, ohne Museum und Archiv als Finanzierungsquelle anzugreifen. „Wir sind ja nicht gegen das Projekt an sich, aber eine Kürzung beim Museum kommt für uns nicht in Frage“, betonte Meinhart Ramaswamy, kulturpolitischer Sprecher der Piraten-Ratsfraktion.

„Unattraktiver Standort“ an der Bürgerstraße

Wie der Geschichtsverein, lehnen die Piraten einen Umzug des Museums in die ehemalige Voigtschule an der Bürgerstraße ab. Dieser führe zu „unwiederbringlichen Verlusten“, zudem sei dieser Standort „an der verkehrsreichen Bürgerstraße unattraktiv“.mib